

Abschrift.

An den Herrn Reichsminister für die kirchlichen
Angelegenheiten, Berlin WS, Leipzigerstr. 3.

Berlin, den 18. Nov. 1938

Herr Reichsminister!

In der letzten Woche hat das DNB. eine Mitteilung veröffentlicht, die geeignet ist, schwere Mißverständnisse hervorzurufen. Sie kann, wie aus zahlreichen uns zugegangenen Anfragen von Pfarrern und Kirchendienern hervorgeht, so aufgefaßt werden, als ob die Landesbischöfe sich die Beschuldigung einer staatsverräterischen Handlung gegen die bisherigen Mitglieder der VKL zueigen gemacht und sich in eine kirchliche Einheitsfront mit den Nationalkirchlern begeben hätten.

Wir brauchen nicht zu wiederholen, daß wir nach wie vor die Herausgabe jener liturgischen Ordnung für einen schweren Mißgriff halten, den wir nicht mitverantworten können. Sie werden sich aber erinnern, daß wir in der Unterredung vom 29. Oktober die Persönlichkeiten, die für die Herausgabe jener Ordnung verantwortlich sind, gegen den Vorwurf staatsverräterischen Verhaltens ausdrücklich in Schutz genommen haben, besonders auch mit dem Hinweis darauf, daß sie schon vor Wochen und dann noch einmal anlässlich des Bekanntwerdens des Briefes von Karl Barth an Professor Hronadka einen klaren Trennungstrieb zwischen sich und diesen ihnen bisher nahestehenden Theologen gezogen haben. Wir haben es aus diesen Grunde auch abgelehnt, den uns vorgelegten Entwurf, der die Beschuldigung einer volks- und staatsverräterischen Haltung enthielt, zu unterzeichnen, und eine Formulierung gewählt, die diese Beschuldigung verpöndet.

Ebenso stellen wir fest, daß wir ausdrücklich und absichtlich mehrfach betont haben, daß wir mit den kirchlichen Kreisen, die in der VKL ihre Vertretung sehen, verbunden sind in dem Bestreben, eine Neuordnung der DEK zu erreichen, die ihrer in Art. 1 der Verfassung vom 11. Juli 1933 festgelegten Bekenntnisgrundlage entspricht und eine dem Wesen der Kirche gemäß Verwaltung ermöglicht, wie das ja auch in den Ihnen kürzlich übermittelten Grundsätzen ausgesprochen ist. Unsere grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber den nationalkirchlichen Zielen bleibt nach wie vor bestehen.

Um der Klarheit und Wahrheit willen glauben wir Ihnen, Herr Reichsminister, diese Erklärung schuldig zu sein und sehen uns auch genötigt, unsere Pfarrerschaft, aus deren Munde uns zahlreiche Anfragen zugehen, in diesen Sinne zu informieren.

Heil Hitler!

gez. D. Marahrens, gez. D. Meiser, gez. D. Wurm.
(Herrn Landesbischof D. Kühlewein wurde dieses Schreiben zur Unterzeichnung vorgelegt.)

Wie bekannt wird, hat der Reichskirchenminister die Stellungnahme der Landesbischöfe vom 7. November als Ablehnung seiner Pläne aufgefaßt und ihnen mitgeteilt, daß er nun zunächst nur für die Kirchen eine geistliche Leitung schaffen werde, die ehemals einen Kirchenausschuß gehabt haben.

Die "Laiensynode, die in den letzten Tagen vorbereitet ist, soll am 25. November zusammentreten.

Maßnahmen.

Hilfsprediger Tielker in Dortmund-Hörde war vom 14.-19.11.38 in Polizeihaft, weil er der Stape nicht sagen wollte, von wem er geprüft worden sei.

Die in den Zeitungen angekündigten Maßnahmen gegen die Vorläufige Kirchenleitung und Bruderräte haben bisher betroffen:
Pfr. Müller-Dahlen, Pfr. Dr. Böhm, Berlin-Zehlendorf, Super. Lic. Albertz, Spandau, Pfr. Kleppenburg, Rüstringen (Oldenburg), Pfr. Wilhelmi, Thaleischweiler in der Pfalz.

Pfarrer Albert Schmidt - Bochum ist im Zusammenhang mit dem Fall Ehrenberg verhaftet worden. P. Schmidt hatte P. Ehrenberg und seiner Familie das Abendmahl gereicht. Eine Stunde später wurde nach der Zertrümmerung von Gegenständen in seiner Wohnung Pfr. Ehrenberg abgeführt. Er befindet sich im K.L. Sachsenhausen. Beim nächsten Gemeindegottesdienst, zu dem Pfr. Schmidt eine früher gehaltene Predigt nahm, kündigte er ab, die Gemeinde singe jetzt das Lied Nr. 98 "Herr, unser Gott, laß nicht zu Schanden werden" und er bitte die Gemeinde, daran zu denken, daß dieses Lied eine Stunde vor der Verhaftung von Pfr. Ehrenberg bei der Feier in seinem Hause gesungen worden sei. Sofort nach dem Gottesdienst wurde Pfr. Schmidt verhaftet.

oooooooooooo

Weitere Dokumente zur Frage des Religionsunterrichtes.

Abschrift.

NS-Lehrerbund, Frankfurt/Oder, den 10.11.38.
Gauverwaltung Kurmark.

Auf Grund der Vorfälle der letzten Nacht fordert die Reichsverwaltung des NSLB alle Mitglieder auf, den Religionsunterricht mit sofortiger Wirkung niederzulegen, da wir eine Verherrlichung des jüdischen Verbrechervolkes in den deutschen Schulen nicht mehr länger dulden können.

gez. Stricker.

Hauptabtl. für Erziehung und Unterricht.

Für die Gauamtsleitung
gez. Wallrabenstein.

"Es wird von jedem einzelnen Mitglied des NSLB eine klare Entscheidung erwartet. Die abzugebende Erklärung soll ungefähr lauten:

Der Unterzeichnete legt mit sofortiger Wirkung den Religionsunterricht nieder, da er die Verherrlichung des jüdischen Volkes in den deutschen Schulen nicht länger verantworten kann.

....., den

Diese Erklärung bitte ich mir bis Dienstag, den 22.11 d.Js. zuzusenden, damit ich sie gesammelt dem Kreisamtsleiter des NSLB weiterleiten kann.

Abschrift.

"Der Unterzeichnete hat heute aus einem Schulheft eines Konfirmanden folgenden Satz abgeschrieben:

"Auf Anweisung von höherrangiger Stelle und mit Rücksicht auf die unhaltbaren kirchlichen Verhältnisse haben alle Lehrer sich verpflichtet, den Religionsunterricht bis auf weiteres nicht zu halten. - Ich bitte die Eltern unserer Kinder davon Kenntnis zu nehmen."

Die Eltern mußten diesen Satz unterschreiben.

Der hiesige Lehrer erklärte auf meine Bitte, mir die beiden Unterrichtsstunden zur Erteilung des Religionsunterrichtes zu überlassen, hierzu sei erst behördliche Erlaubnis nötig.

oooooooooooo